

Die Arbeiterschaft und das Reparationsproblem.

Der Reparationskommissar Parker Gilbert hat in seiner Denkschrift die Ausgabenwirtschaft des Deutschen Reiches, der Einzelstaaten und der Kommunen einer scharfen Kritik unterzogen und als gefährlich für die Durchführung der Reparationszahlungen bezeichnet. Die Gewerkschaften aller Richtungen und die politischen Parteien der Arbeiterschaft haben seinerzeit dem Dawes-Plan in fühler wirtschaftlicher Ueberlegung zugestimmt. Mit dem Gutachten war der Wirtschaft nach dem Ruhrkampfe ein klarer Zahlungsplan auferlegt, der es der Wirtschaft ermöglichte, ihre Leistungen entsprechend einzurichten. Unter dem wirtschaftlichen Drucke der Jahre nach dem Ruhrkampf hat sich die deutsche Wirtschaft nahezu völlig durchrationalisiert und durchorganisiert. Es sind nur noch wenige Wirtschaftszweige, die nicht stark vertraut und kartelliert sind. Die ersten Ergebnisse der Rationalisierung machen sich jetzt in Lohnforderungen der Arbeiterschaft bemerkbar. Es ist nicht uninteressant zu sehen, daß in diesem Augenblick die Denkschrift des Reparationskommissars erscheint und die Droffselung konsumtiver Ausgaben verlangt.

Die Zustimmung zu einer wirtschaftlichen Maßnahme, wie dem Zahlungsplan des Dawes-Gutachtens, bedeutet noch nicht, daß sich die Gewerkschaften auf Geheiß und Verberb dem Plane verschrieben haben. Es ist wirtschaftlich noch sehr umstritten, ob die Ueberführung solcher Mengen finanzieller Mittel und Waren, wie sie der Dawes-Plan vorsieht, tatsächlich der empfangenden Wirtschaft zum Wohle geschieht. Als die Vereinigten Staaten kurz nach dem Kriege nahezu den gesamten Goldvorrat Europas nach Amerika überführten, wurde die amerikanische Wirtschaft keineswegs dadurch bereichert, die Preise gingen entsprechend in die Höhe, der Zinsfuß des Leihkapitals sank. Die amerikanischen Finanziers fanden allerdings den Ausweg, das überschüssige Kapital dem verarmten Europa gegen entsprechenden Zinsfuß auszuleihen. Die Ueberführung des Kapitals brachte der amerikanischen Wirtschaft an sich keinen Vorteil.

Ähnlich liegt es mit den Sachgütern. Der deutsche Schiffsraum, der nach dem Kriege nach England überführt wurde, bereicherte die englische Wirtschaft nicht, nahm ihr Liegeplätze in den Häfen und verrostete. Der deutsche Koks, der nach Belgien auf Reparationskonto überführt wird, legt belgische Kokereien still und macht Arbeiter brotlos. Der Entzug schadet der deutschen Wirtschaft, nützt aber der fremden Wirtschaft nicht. Man kann einer Wirtschaft nur die Güter und Kapitalien zuführen, die sie in einem bestimmten Augenblicke des jetzigen oder zukünftigen Prozesses notwendig braucht!

Diese wirtschaftlichen Konsequenzen des Dawes-Gutachtens, die wirtschaftlich nicht bis ins letzte überlegte Ueberführung von Gütern aus einer Wirtschaft in die andere wird einmal zu kritischen Situationen führen. Vorläufig sind sich nur wenige Wirtschaftler dieser Schwierigkeiten bewußt. Die Arbeiterschaft aber tut gut, schon rechtzeitig darauf hinzuweisen.

Es ist nicht uninteressant zu sehen, daß ein Vertreter des amerikanischen Finanzkapitals in seiner Kritik an der Wirtschaft auf diese Fragen überhaupt nicht eingeht. Er kritisiert die konsumtive Verwendung des Ertrages der deutschen Wirtschaft und fürchtet um die Erträgnisse der Reparationsklasse. Während im eigenen Lande, in den Vereinigten Staaten, prominente Köpfe schon in Sorge sind um die Wirkungen der ungeheuren Zinszahlungen und Kapitals-

rückflüsse in die amerikanische Wirtschaft, fürchtet Parker Gilbert, daß zu wenig zurückfließen könnte. Das rückströmende ausgeliehene amerikanische Kapital, die dazu kommenden ungeheuren Zinszahlungen von durchschnittlich reichlich 10 Prozent werden den Preis für Kapital in den Vereinigten Staaten weiter vermindern und die Preise für tägliche Lebensgüter weiter erhöhen.

Es ist ferner nicht uninteressant zu sehen, daß der Vertreter des Finanzkapitals, Parker Gilbert, seinen Angriff auf das Konsumtionskapital richtet, wie es Staat und Gemeinden, wie es Beamte und Arbeiter verbrauchen. Es ist der übliche Angriff des Kapitals auf die Arbeit, in diesem Falle nur in erweitertem Maßstabe eines Vertreters des internationalen Kapitals auf die Wirtschaft eines ganzen Landes. Er überieht dabei, wie der Kapitalismus es immer unbeachtet läßt, daß auch für die Vereinigten Staaten eine erhöhte Konsumtion der europäischen Länder eine Erhöhung der Produktivität der amerikanischen Wirtschaft nach sich zieht. Die erhöhte Konsumtion einer Gesellschaft vermag allein die Produktion und damit die Rentabilität der Wirtschaft zu erhöhen. Die Droffselung der Konsumtion bedeutet den Tod der Wirtschaft.

Die heutige wirtschaftlich denkende Arbeiterschaft ist die letzte, die die Durchführung des Dawes-Gutachtens sabotieren würde. Aber sie wird ebenso kritisch die Wirkungen solcher Zahlungen und Ueberweisungen beobachten, wie sie Behauptungen und Maßnahmen entgegen treten wird, die offenbar wirtschaftsfeindliche Folgen nach sich ziehen. Die Droffselung der deutschen Konsumtion wäre eine solche wirtschaftsfeindliche Folge der Gilbertschen Ratsschläge und damit weder für die amerikanische noch für die deutsche Wirtschaft von Vorteil.

Unangemessene Uebersteuerung der Inlandpreise.

Die Auslandsmärkte werden gegenwärtig von der deutschen Industrie vernachlässigt, da sie nicht genügend Gewinne abwerfen und die deutschen Produkte gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu teuer sind. Die Inlandpreise sind wesentlich höher als diejenigen, die im Auslande erzielt werden. Wo eine Ausfuhrfähigkeit stattfindet, geschieht dies auf Kosten des Binnenmarktes. Auf diese Fragen weist das Banthaus Gebr. Arnhold in seinem Wochenbericht vom 5. November mit folgenden Worten hin:

„Man hat auch vielfach die Frage aufgeworfen, warum die in vielen Industriezweigen vorgenommene Rationalisierung, die die deutschen Erzeugnisse verbilligen und auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen sollte, auf die Gestaltung der Außenhandelsbilanz bisher nur so geringen Einfluß gehabt hat, obwohl der Export durch die Einrichtung der staatlichen Export-Kreditversicherung usw. in jeder denkbaren Weise gefördert worden ist. Der Grund dürfte nicht zuletzt in der heutigen Inlandkonjunktur zu suchen sein, die mit ihren durch Kartelle und Syndikate hochgehaltenen Preisen den Absatz im Innern weit anziehender machte, als dies im Auslande der Fall war. Es ist nur zu verständlich, daß die Industrie auf eine durchgreifende Bearbeitung der Auslandsmärkte nur geringen Wert legt, wenn sich hier

im Innern Absatzgebiete mit weit besseren Preisen eröffnen. Soweit man aber den Export dennoch pflegte, einmal um nicht eingesehene Märkte zu verlieren und diese nur unter Opfern zurückerobern zu müssen, zum andern, um für die Betriebsanlagen eine volle Ausnutzung zu besitzen, zeigte sich vielmehr die Tendenz zu einer unangemessenen Uebersteuerung der Inlandpreise, um mit den dabei erzielten Gewinnen im Auslande erlittene Verluste wieder wettzumachen.“

Also selbst dieser Privatbank geht die gegenwärtig geübte Preis- und Geschäftspolitik der deutschen Unternehmer über die Hutshur. Und das will doch gewiß etwas heißen.

Nochmals: Aus der Kartonnagen-Industrie des Wirtschaftsgebiets Frankfurt-Offenbach-Hanau-Darmstadt.

Herr Ritterbandt nimmt in Nr. 44 der „Kart.-Ztg.“ nochmals in recht sonderbarer Weise Stellung zu den in Nr. 40 und 44 der „Buchb.-Ztg.“ erschienenen Artikeln. Damit sich Herr Ritterbandt noch einmal genau des Verlaufs der Dinge erinnert, seien ihm nachfolgende Daten ins Gedächtnis zurückgerufen:

Am 16. Mai nahm eine Versammlung der Offenbacher Kartonnagenarbeiterschaft zu dem Schreiben des Fabrikantenverbandes Stellung, worin gesagt ist, daß sie den Tarif nicht mehr zahlen könnten. Die Arbeiterschaft lehnte jedoch ein Entgegenkommen ab und verlangte tarifliche Bezahlung.

Am 19. Mai fand dann auf Antrag der Fabrikanten eine Sitzung mit unseren Vertretern statt. In dieser Sitzung stellten die Unternehmer das gleiche Ansuchen, was sowohl von unseren Vertretern wie auch der erneuten Versammlung der Arbeiterschaft am 24. Mai abgelehnt wurde. Darauf telephonierte der Fabrikant Herr S. den Kollegen Weg an, ob nicht nochmals eine Aussprache stattfinden könne. Diese fand am 27. Mai statt. An dieser Besprechung nahmen je zwei Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter teil. Dort wurden unternehmerseitig noch einmal die ganzen Dinge aufgerollt (Firma Schabe usw.). Zum Schluß erklärten unsere Vertreter, die ganze Angelegenheit einer erneuten Versammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei auch die Löhne errechnet werden sollten, damit die Arbeiterschaft genau im Bilde sei. Doch mühten sich die beiden Arbeitgeber dafür einzusetzen, daß von den vier Wochen Differenz 14 Tage nachgezahlt würden.

Die Tabelle wurde ausgerechnet und auch Herrn Ritterbandt zugesandt. Herr R. beanstandete zunächst die Richtigkeit der Ausrechnung der Spizentlöhne und führte dabei u. a. noch an, daß die Arbeiterinnen von unserer erhöhten Ausrechnung nichts hätten, weil sie dann ja mehr Krankentassenbeitrag leisten müßten als die Differenz ausmache. Die Versammlung der Arbeiterschaft stimmte sodann unter Berücksichtigung aller Umstände dem Vorschlage zu, wenn die Unternehmer für 14 Tage Nachzahlung leisteten. Letztere lehnten das ab. Darauf teilte Kollege Weg, wie schon in der „Buchb.-Ztg.“ berichtet, Herrn Ritterbandt mit, daß damit auch die Arbeiterschaft ablehne. Weg war in diesem Falle vorichtig genug, das Gespräch unter Zeugen zu führen. Herr Ritterbandt stellte dann noch die Frage, was denn nun werden solle, worauf Weg antwortete, daß das der Entwicklung überlassen bleiben müsse. Jede andere Darstellung ist eine objektive Unwahrheit. Und nach diese. Ablehnung ist zwischen Herrn Ritterbandt und dem Kollegen Weg kein Wort über die Angelegenheit gewechselt worden.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.

Die Unternehmer rüsten zum Kampf!

Unter dem Namen „Deutscher Streik- und E. B. Entschädigungsgesellschaft der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände für Streikverluste“ wurde vor einigen Jahren eine Vereinigung errichtet, die der Spitzenorganisation der Vereinigten Arbeitgeberverbände angegliedert ist und eine Streikversicherung darstellt. Die Satzung dieser Vereinigung wurde am 13. März 1926 und am 11. November 1927 geändert. In 42 Paragraphen nebst einigen Anlagen wird darin festgesetzt, was die Mitglieder dieser Entschädigungsgesellschaft zu zahlen und was sie zu erwarten haben. Die Beitragsfestsetzung und die Entschädigung für Streikschäden erfolgt 1. auf Grund des durchschnittlichen Tagesverdienstes der beschäftigten Arbeitnehmer und 2. auf Grund der Generalunkosten entsprechend der Einstufung in die Gefahrenklassen. Diese Gefahrenklassen sehen folgende Gruppierung vor:

Gefährte Klasse	Industrie oder Gewerbe	Beitrag	
		a) in Tausendteilen der Lohnsumme	b) in Hundertteilen der Generalunkosten
1.	Bergbau, Metallgewinnung, Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau, Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik, Baugewerbe	3	1,50
2.	Steine und Erden, Chemie, Holz- und Schnitzstoff, Musikinstrumente und Spielwaren	2,5	1,25
3.	Textil, Papier, Werdfähtigung, Leder und Lino- leum, Kautschuk und Asbest, Nahrung, Genußmittel, Bekleidung, Handel, Verkehrsgewerbe, Landwirtschaft	2	1,00

Diese Eingruppierung zeigt, daß man die verschiedenen Unternehmungen durchaus nicht einheitlich behandelt, sondern daß große Unterschiede gemacht werden.

Ueber die Entschädigung, die den Mitgliedern des Streikschutzes aus der Kasse gewährt wird, sind unter anderem folgende Bestimmungen getroffen:

Alle Mitglieder, die auf Grund eines durchschnittlichen Tagesverdienstes ihre Beiträge entrichten haben, erhalten für die Zeit vom vierten Streik- oder Aussperrungstage ab für jeden ausgefallenen Arbeitstag und für jeden ausständigen oder ausgesperrten Arbeiter bis zur Höchstzahl der Personen, für die ein Beitrag entrichtet ist, 25 Proz. des gemeldeten durchschnittlichen Tagesverdienstes. Ist ein höherer oder niedrigerer Beitrag gezahlt, dann richtet sich der Entschädigungssatz nach der getroffenen Vereinbarung. Mitglieder, die bereits vom ersten Streik- oder Aussperrungstage an entschädigt werden wollen, haben einen um 25 Proz. erhöhten Jahresbeitrag zu zahlen.

Alle Mitglieder, die auf Grund der Generalunkosten ihre Beiträge entrichten haben, erhalten vom ersten Streik- und Aussperrungstage ab für jeden Kalendertag, an dem die gesamte Arbeiterschaft im Ausstande ist, $\frac{1}{365}$ der Generalunkosten, die der Beitragsberechnung zugrunde lagen. Bei Teilstreiks wird der Teil der täglichen Entschädigung gewährt, der dem Verhältnis der ausständigen Arbeiter zu der Gesamtheit der am Tage vor der Ausstandsbewegung beschäftigten Arbeiter entspricht.

Ein klares Recht auf Entschädigungen steht den Mitgliedern der Unternehmerverbände

nicht zu. Organe der Gesellschaft „Deutscher Streikschutz“ sind das Direktorium, der Aufsichtsrat, die Mitgliederversammlung und die Geschäftsführung. Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens fünfzehn Mitgliedern, von denen mindestens drei dem Vorstand der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände angehören sollen. Die Direktion wird aus vier bis sechs vom Aufsichtsrat auf drei Jahre bestimmten Mitgliedern aus dessen Mitte gewählt. Außerdem ist ein besoldeter Geschäftsführer vorhanden, der die laufenden Geschäfte zu erledigen hat. Dem Direktorium sind außergewöhnlich große Befugnisse eingeräumt. Ueber Streitigkeiten entscheidet ein Schiedsgericht.

Die Unternehmer sind also zum Kampf gegen die Arbeiter durchaus gerüstet. Bekanntlich wurden vor einigen Wochen neben dieser permanent

Unsere statistischen Karten

sollten nunmehr von allen Kollegen u. Kolleginnen ausgefüllt u. an den Vertrauensmann zurückgegeben worden sein. Die Ortsverwaltungen haben dafür Sorge zu tragen, daß sie die Karten restlos zurückerhalten. Die Weitergabe der Karten an die Verbandsleitung soll schnellst. erfolgen

bestehenden Streikschutzgesellschaft sogenannte Gefahrengemeinschaften errichtet. Diese Gefahrengemeinschaften umfassen ebenfalls die Unternehmer aller Berufe, sie sollen eingesetzt werden, wenn größere Bewegungen ausbrechen. Da die Satzung des „Deutschen Streikschutz“ am 11. Oktober geändert wurde, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Satzung mit den gegründeten Gefahrengemeinschaften in Einklang gebracht wurde. In den neugebildeten Gefahrengemeinschaften soll bekanntlich ein weit höherer Beitrag gezahlt werden als in der hier behandelten Entschädigungsgesellschaft, und zwar pro Arbeiter und Monat 5 Mk. Man hat sich also doppelt und dreifach versichert, falls es zu größeren Konflikten kommen sollte. Daß diese Rüstungen mit feberhafter Eile vorgenommen werden, beweist, wie die Unternehmer die nächste Zukunft beurteilen. In den maßgebenden Kreisen der Unternehmerrunde scheint das Barometer auf Sturm zu stehen.

Aus alledem sollte auch unsere Kollegenschaft lernen. Sie muß sich vor allem die Opferwilligkeit der Unternehmer zum Muster nehmen. Bedenken wir doch immer, daß die Unternehmer im Kampf die wirtschaftlich Stärkeren sind. Und wenn sich die wirtschaftlich Stärkeren mit einem derartigen Schutzpanzer umgeben, dann ist es für die Arbeiterschaft um so notwendiger, auf dem Posten zu sein und ebenfalls für eine bessere Rüstung des Kampfes zu sorgen.

Meidet den Alkohol.

Die freie Gewerkschaftsbewegung hat sich von jeher dafür eingesetzt, daß Maßnahmen gegen die verbreitende Ausbreitung des Alkohols ergriffen werden. Aus diesem Grunde unterstützt sie die Bestrebungen, die sich die Befämpfung des Alkohols zum Ziele gesetzt haben. Sie tut dies aus der ganz richtigen Erkenntnis heraus, daß der Alkohol eine Waffe in der Hand des kapitalistischen Unternehmertums ist, um die Arbeiter über ihr trauriges Dasein hinwegzutäuschen. Die freie Gewerkschaftsbewegung, die unabhängig von Regierung und Unternehmertum ihren Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, Angestellten und Beamten führt, die niemanden, außer der Arbeiterschaft selbst, Rechenschaft über ihr Tun und Lassen schuldig ist, führt diesen im Interesse derer, die sie vertritt.

Das Alkoholkapital hat in den letzten Jahren ganz gewaltige Geschäfte gemacht. Der Bier- und Branntweinkonsum ist stark gestiegen. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes sind im Rechnungsjahr 1926/27 in Deutschland rund 48,3 Millionen Hektoliter Bier abgesetzt worden. Gegenüber 1924 liegt eine Steigerung von 10,3 Millionen Hektoliter vor. An Schnaps wurden im Geschäftsjahr 1925/26 rund 240 Millionen Liter verbraucht. Dementsprechend sind auch die Dividenden ausgefallen. Es zahlten an Dividenden die Berliner Kindl-Brauerei 18 Proz., Hofbräuhaus Kloburg 15 Proz., Schöfferhof-Frankfurt a. M. 20 Proz., Dortmunder Hansa-Brauerei 15 Proz., Brauhaus Nürnberg 12 Proz. usw. Insgesamt läßt sich feststellen, daß im ersten Halbjahr des laufenden Geschäftsjahres die deutschen Brauereien 20,5 Millionen Mark Dividende ausschütten konnten gegen 7,4 Millionen Mark Dividende im ersten Halbjahr 1913.

Als am ersten Januar 1927 die Biersteuer erhöht wurde, gingen die Alkoholkapitalisten gleich dazu über, den Bierpreis um mehr als das Doppelte der Steuererhöhung zu erhöhen. Die Steuer betrug 1,65 Mark je Hektoliter. Der Deutsche Brauerbund beschloß, den Bierpreis um 4 Mk. pro Hektoliter herauszusetzen. Er mußte die Gelegenheit an, den Preis so zu erhöhen, daß den Brauern trotz der Biersteuer ein anständiger Gewinn verbleibt. Der dem Reparationsagenten beigegebene Kommissar für die verpfändeten Steuern macht darüber in seinem letzten Bericht folgende bemerkenswerte Ausführungen:

„Da es in vielen Gemeinden nicht üblich ist, Preise in Bruchteilen einer Mark unter 5 Pfennig festzusetzen, hat in vielen Fällen die Erhöhung der Kleinverkaufspreise für ein Liter sogar bis zu 10 Pf. betragen. Für die Rechtfertigung der Preis-erhöhung führten die Brauer die Steigerung der Rohstoffpreise und der Arbeitslöhne an. Die günstigen Abkäufe, die die Brauer für das Geschäftsjahr 1925 aufweisen, haben die Verbraucher zu der festen Ueberzeugung geführt, daß das Braugewerbe durchaus in der Lage ist, eine Steigerung der Kosten auf sich zu nehmen.“

Diese Feststellungen sind aus dem Grunde um so bemerkenswerter, weil sie dem Reparationsagenten dazu dienen, die verächtliche Klausel über den Wohlstandsinde in Dawesabkommen in Anwendung zu bringen. Es ist nicht das erstemal, daß deutsche Unternehmer Material liefern für die Bestimmung im Dawesabkommen, wonach ab 1929 sich Deutschlands Leistungen um soviel Prozent erhöhen, wie der von der Reparationskommission auf Grund der Erhebungen über Produktion und Verbrauch festgesetzte Wohlstandsinde gestiegen ist.

Für die Arbeiterschaft ergeben sich daraus die Schlüsse, daß sie allen Grund hat, den Alkohol zu bekämpfen. Den Vorteil von einem hohen Alkoholkonsum haben einzig und allein die Alkoholkapitalisten. Sie sind diejenigen, die Profit daraus schlagen. Das Unternehmertum produziert nicht, damit Güter und Nahrungsmittel da sind, sondern zum Zwecke des Geldverdienens. Fällt der Verdienst fort, hört das Interesse des Unternehmers an Produzieren auf. Auch Alkohol wird nur zu dem Zwecke des Geldverdienens hergestellt. In diesem Falle liegt nicht einmal eine wirtschaftliche Notwendigkeit vor, was sich dann doch immer behaupten läßt, wenn Maschinen oder Werkzeuge produziert werden.

Ernst Neumann.

Mensch, Maschine und Technik.

Zweck und Aufgabe der Technik war seit jeher, die Arbeit des Menschen zu erleichtern und ergiebiger zu gestalten. In welchem Umfange ihr das gelungen ist, zeigt ein Rundgang durch einen modernen Industrie- oder Gewerbebetrieb, nicht minder der Besuch einer technischen Ausstellung. Nur fehlt hierbei die Möglichkeit zu Vergleichen, die notwendig sind, wenn man feststellen will, wie gewaltig der technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Will man solches Vergleichsmaterial haben, so muß man schon Stätten wie das deutsche Museum in München aufsuchen, das über den Werdegang der Technik und ihrer Errungenschaften einen wohl sonst nirgends anzutreffenden umfassenden Ueberblick gewährt. Hier finden wir noch die primitiven Werkzeuge und technischen Vorrichtungen, deren sich unsere Vorfahren bedienten und mittels ihrer Anwendung selbst für unsere Begriffe höchst achtungswerte Leistungen erzielten. Daneben präsentieren sich die neuesten Erzeugnisse der modernen Maschinenteknik, die in ihren Leistungen alles, was früher Menschenkraft zu vollführen imstande war, weit hinter sich lassen.

Was sich dem Auge an technischen Errungenschaften bietet, ist nicht plötzlich, sondern im langsamen Werdegang entstanden. In unablässigem Suchen, immer gestützt auf frühere Erfahrungen, hat sich der Mensch langsam vorwärts getastet. Eine Verbesserung reihte sich an die andere. Jede gab neue Anregungen zu weiteren Versuchen, das Erreichte noch vollkommener zu machen, die Leistungsfähigkeit und Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft noch mehr zu steigern. Der dabei zurückgelegte Weg war ungemein schwierig, solange die Technik nur auf Erfahrungen beruhte. Es darf daher nicht verwundern, daß sie oftmals vom Wege abirrte und zu Konstruktionen gelangte, die bei uns ein Lächeln hervorrufen, da sie uns heute ohne weiteres als verfehlt erscheinen. Dennoch haben wir keinen Grund, in Ueberhebung zu verfallen, standen doch der Technik jener Zeit nicht die Hilfsmittel zu Gebote, über die wir heute verfügen.

Die moderne Technik hat den Weg des lediglich auf Erfahrung beruhenden Suchens verlassen. Mit der Entwicklung und Ausbildung der Naturwissenschaften war sie imstande, vollständig neue Wege einzuschlagen. Was den Menschen einst undurchdringliches Geheimnis erschien, liegt heute unverhüllt und klar vor unseren Augen. Die Naturkräfte, gegen die er vergeblich ankämpfte, sind in ihrem Wesen bekannt, gebändigt und in den Dienst der Menschen gezwungen. Dadurch ist die Technik auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden. Auch jetzt muß sie zwar noch suchen und experimentieren, um zu neuen Erfindungen und Entdeckungen zu gelangen. Aber dieses Suchen und Experimentieren ist nicht mehr planlos wie einst, sondern stützt sich auf bestimmte wissenschaftliche Feststellungen, die das Ergebnis nicht mehr wie vordem überwiegend von einem günstigen Zufall abhängig machen. Diesem auf wissenschaftlicher Erkenntnis basierenden Vorgehen allein verdanken wir die großen technischen Fortschritte der Neuzeit von der Dampfmaschine an bis zum modernen Verbrennungsmotor und Explosionsmotor, die Entwicklung der elektrischen Industrie, des Automobil- und Flugwesens, von Stickstoff aus der Luft und Verflüssigung der Kohle.

Die Technik ist so selbst zur Wissenschaft geworden, die ernste und schwierige Aufgaben stellt.

Das hindert nicht, daß ihre Jünger auch jetzt noch in Absonderlichkeiten verfallen, die nicht ernst zu nehmen sind und nur Spielereien darstellen. Ueber eine solche Absonderlichkeit wußte vor kurzem die Presse zu berichten. Hiernach hat ein Ingenieur der Westinghouse-Elektrizität-Gesellschaft eine Maschine erfunden, die den „künstlichen Menschen“ in einer bisher noch nicht erreichten Vollendung darstellt.

Unmöglich sind der Technik freilich solche Leistungen nicht, und sie hat sie schon viel früher nach den verschiedensten Richtungen vollbracht. Es braucht nur auf die automatische Entzündung der Straßenlaternen verwiesen zu werden. Vor nicht zu langer Zeit waren noch Tausende von Menschen erforderlich, um die städtische Beleuchtung in Ordnung zu halten, die Straßenlaternen zu reinigen, anzuzünden und auszulöschen. Heute genügt sowohl für Gas- wie elektrische Beleuchtung ein einfacher Hebeldruck, um die Ventilen einer ganzen Stadt fast im gleichen Augenblick aufzukommen oder verlöschen zu lassen. Genau so ist es mit der Treppenbeleuchtung in den Städten, den automatischen Feuermeldern usw. Aber noch mehr der Wunder! Was sind schließlich die automatischen Maschinen in den modernen Industriebetrieben anderes als „künstliche Menschen“? Wenn auch seelenlos, verrichten sie die ihnen zugewiesene Aufgabe viel schneller und mit größerer Genauigkeit als es der durch den Kapitalismus vielfach zur Maschine herabgedrückte Mensch aus Fleisch und Blut vermag.

Zu Millionen haben so die von der Technik geschaffenen „künstlichen Menschen“ ihre lebendigen Kollegen überflüssig gemacht, sie von ihrer Arbeitsstelle verdrängt, wenn auch zum großen Teil nur, um sie auf andere Arbeitsgebiete zu verweisen, die sie selbst noch nicht zu beherrschen imstande sind. Sie hobeln und drehen, bohren und hämmern, schneiden und pressen, drücken und kleben, sägen und zählen in einem Rhythmus und mit einer Ausdauer, deren kein Mensch fähig ist. Dabei ist diese Entwicklung zweifellos noch längst nicht an ihrem Ende angelangt. Der Automatismus, den die Technik in der Industrie unausgesetzt zu erweitern bestrebt ist, wird sicher eine noch viel weitere Ausbreitung erfahren, denn es kapitalistische Streben nach Profit fordert, die menschliche Arbeitskraft durch die billigere Maschinenarbeit zu ersetzen.

Für die Schaffung des „künstlichen Menschen“ kommt es nicht darauf an, daß die ihn darstellende Maschine menschliche Form besitzt. Maßgebend ist nur, den mit ihrer Erzeugung verfolgten Zweck zu erreichen. Das ist der Technik bereits in weitem Umfange gelungen. Die Maschine ist so zur Beherrscherin des Menschen im Arbeiter geworden. So erschreckend daher die Entwicklung der Technik auch ist und so stolz wir auf diese Entwicklung auch sein dürfen, so entwürdigend ist der Zustand, der durch sie geschaffen wurde. Dafür ist selbstverständlich nicht die Technik verantwortlich zu machen. Sie ist die willige Dienerin des Menschen und bietet ihm die Möglichkeit, sich von der Last und Qual der eintönigen, geistlosen physischen Arbeit frei zu machen, die Arbeit zur Lust zu gestalten. Daß gegenwärtig dieser Zustand nicht erreicht wird, liegt an unseren wirtschaftlichen Zuständen, die der Kapitalismus verschuldet. Gegen ihn allein hat sich die Arbeiterschaft zu wenden, indem sie die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische herbeizuführen sucht. Gelingt es ihrem dahingehenden geschlossenen und planmäßigen Vorgehen, dieses Ziel zu er-

reichen, dann werden auch die Nachteile, die sich für die Arbeiterschaft aus dem Fortschreiten der Technik ergeben, in Wegfall kommen und ihre Segnungen nicht nur einzelnen Bevorrechteten, sondern allen Menschen zuteil werden.

Mattutat.

Etuisarbeiter, wacht auf!

Die Gleichgültigkeit der Hanauer Etuisarbeiter beweist sich alle Tage mehr. Vor kurzer Zeit sammelten die Arbeiter der Firma Jöh u. Schien Unterschriften für eine Teuerungszulage. Die Verbandsleitung nahm sich dieser an und berief eine Versammlung ein. Eine Diskussion fand statt und es wurde beschloffen, eine der Zeit entsprechende Forderung bei den Unternehmern einzureichen. In den meisten Betrieben werden über 8 Stunden gearbeitet. Es wäre darum ein leichtes gewesen, die Unternehmer zur Anerkennung der Forderung zu zwingen. Der Reichsverband der Etuisfabrikanten, der zurzeit geleitet wird von Herrn Jöh jun. und dessen Vertreter, Herrn Heilmann, Hanau, lehnte jede Verhandlung ab mit der Begründung, es sei Tarifbruch. Also wenn die Arbeiter eine Teuerungszulage verlangen, dann ist das Tarifbruch, wenn aber die Arbeiter bei über 8 Stunden die laut Tarif vereinbarten 20 Proz. für die erste Stunde verlangen und dafür nur 10 Proz. erhalten, dann ist das kein Tarifbruch nach der Meinung der Unternehmer. Aber nicht allein das, die Firma Gesefeld hat sogar den Arbeitern die Ferienzeit gekürzt, die laut Tarif einem jeden Arbeiter, der ein Jahr im Betriebe beschäftigt ist, zusteht.

Noch schlimmer ist es, daß sich einzelne Arbeiter als Wertzeug für den Unternehmer gebrauchen lassen und somit den anderen Kollegen in allen Situationen in den Rücken fallen. Diese Kollegen bekommen monatlich eine Ertragsvergütung, damit sie noch recht lange das Hemmnis der Etuisarbeiter bleiben. Diese „Kollegen“, die wir natürlich kennen, seilen sich in acht nehmen. Wir werden ihnen eine Frist geben und, wenn der Uebelstand nicht abgestellt wird, dann werden wir ihre Namen veröffentlichen.

Der Werkführer Hain ist ein guter Zentrumsmann. Er pflegt hauptsächlich die Nächstentente. Diese besteht darin, daß er eines Tages einen jungen Arbeiter von hinten überfällt und ihm Schläge ins Gesicht versetzt. Da der Arbeiter eine Brille trägt und es mit seiner Schraft sehr schlecht aussieht, kam es, daß er sich nicht wehren konnte, da die Brille zerbrach. Der Grund, warum der Arbeiter geschlagen wurde, soll sein, daß dieser „Rechtbdiener“ und „Mameluck“ gefagt haben soll, obwohl er selbst davon nichts weiß. Eine Arbeiterin der Firma Jöh u. Schien wurde einmal beschäftigt von ihrem Werkführer und bekam allerhand Liebesgeschichten erzählt. Als der Mann dieser jungen Frau dahinter kam, machte dieser natürlich dem Störenfried den Kragen raus. Den Etuisarbeitern soll aber gefagt sein: Wenn wieder einmal ein Werkführer, wie dieser, zum Schlag ausholt gegen einen Arbeiter, dann müssen sie die Fäuste ballen und doppelt ausholen zum Schlag. Wenn die Etuisarbeiter nicht bald wach werden, werden sie noch mehr zu spüren haben. Das Unternehmertum wird mit seinen Raketen alles versuchen, um die Arbeiterschaft in Schach zu halten. An den Arbeitern selbst liegt es jetzt, die Augen aufzuhalten, sich zusammenzuschließen und zu organisieren, damit bei kommenden Kämpfen auch sie gerüstet dastehen.

Hinein in die Gewerkschaft, hinein in die Kampforganisation. Nur der gemeinsame Kampf kann uns zum Siege führen!

Der Kraftwagen als Bibliothek.

Die Stadtbibliothek von Worms hat seit einiger Zeit einen regelmäßigen Heberlanddienst zur Bücherversorgung der Landorte eingerichtet. Ein eigener Bücherkraftwagen versieht die Ortshofen allwöchentlich mit allen bestellten Büchern wissenschaftlicher und unterhaltender Literatur. Kleine örtliche Depots ermöglichen auch einen Bücherwechsel zwischen den Autounterfahrten. Die Wormser Stadtbibliothek hat als erste deutsche Bibliothek den Heberlanddienst in dieser Weise organisiert. Der erste Landverordnungsbezirk umfaßt 40 Ortshofen mit annähernd 70.000 Einwohnern. (A. F. B.)

Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf.

Die Bedeutung der Hausfrau im Wirtschaftsleben darf als bekannt vorausgesetzt werden. Sie ist die Verwalterin des größten Teiles des Volkseinkommens, mehr als 60 Proz. von diesem gehen nach den Berechnungen von Prof. Hirsch durch die Ladentür, d. h. sie werden für den unmittelbaren täglichen Verbrauch ausgegeben. Es ist aus diesen Gründen natürlich, daß die Frau an der Einkommensgestaltung des Mannes im besonderen Maße interessiert ist. Bestände bei den Frauen überall die natürliche Einsicht, dann müßten sie die besten Vorkämpfer für die gewerkschaftliche Idee sein. Daß es vielfach anders ist, beweist das Leben sehr häufig. Doch wenn die Frau einmal von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes überzeugt ist, dann wird sie zu einem der treuesten Anhänger.

Bei großen Streiks haben wir des öfteren die Wahrnehmung gemacht, daß Frauen es waren, die die Männer zum Durchhalten ermunterten. Lieber einmal mehr gehungert, als wie ein Hunger ohne Adel! Der mit musterhafter Ruhe geführte Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat auch glänzende Beispiele vom Kämpfermut der Frauen gebracht. Ein Berichterstatter der „Fr. Ztg.“, der das Streikgebiet besuchte, streut in seinem Bericht folgende Bemerkung über die Frau als Kampffaktor ein:

„Entscheidend ist die Frau. Auf ihr ruht zuletzt die ganze Last. Der Mann gibt das Geld. Sie muß rechnen, rechnen, rechnen. Genau, jeden Pfennig. Ist sie ein Prachtgeschöpf, dann gibt es noch ein Familienleben, ist sie weniger widerstandsfähig, weniger mütterlich, kann es zur Hölle werden. Ohne jede Schuld auf irgendeiner Seite. Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf, denn sie ist die Bequätle.“

Die Frau ist die Stütze im Lohnkampf! Das stellt der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung fest. So sollte es überall sein. Die Frau muß, das ist ihre wirtschaftliche Stellung, ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter schuldig, die aufrechtesten Kämpferin für die gewerkschaftliche Idee sein. Es ist Aufgabe der Männer, die Frauen aufzuklären und sie entsprechend ihrer Einstellung mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen bekannt zu machen. **Frauenaufklärung bringt den höchsten Gewinn, verbürgt der Gewerkschaftsbewegung die nötige Stabilität.** Da die Frau die Erzieherin der Kinder ist, geht diese Einsicht auf die nächsten Geschlechter über. Wir zerbrechen uns vielfach die Köpfe über bessere und wirkungsvollere Agitationsmethoden. Hier liegt ein Feld von ungeheurer Ergiebigkeit!

Frauen und Strafvollzug.

Der amtliche Entwurf des deutschen Strafvollzugsgesetzes von 1927 enthält eine Reihe von Sonderbestimmungen, die sich auf die Frauen beziehen. Ein Teil dieser Sonderbestimmungen betrifft die Gefangenen Frauen selbst, und zwar vornehmlich schwangere Frauen, sojann Frauen, die niedergekommen sind und stillende Frauen. Die anderen Bestimmungen gelten den in den Anstalten oder für die Anstalten tätigen Personen, soweit sie mit den gefangenen Frauen in Berührung kommen. Ganz allgemein auf Frauen bezieht sich die Bestimmung des § 17, daß Zuchthaus, Gefängnis- und Haftstrafen in besonderen Anstalten oder Abteilungen für Frauen verbüßt werden sollen und daß in den Anstalten, in denen es auch Abteilungen für Männer gibt, die Einrichtung der Frauenabteilungen von vornherein so zu gestalten ist, daß ein Verkehr zwischen den Männern und

Frauen unmöglich ist. Diese Bestimmungen werden auch wir im wesentlichen als zweckmäßig anerkennen können.

Nun kennt der Entwurf eines Strafgesetzes, der gegenwärtig im Strafrechtsausschuß des Reichstages beraten wird, noch eine weitere Form der Freiheitsentziehung, die sogenannte „Einschließung“. Sie soll auf Gefangene angewendet werden, die ihre strafbare Tat auf Grund sittlicher, religiöser oder politischer Ueberzeugung begangen haben. Bei dieser milderen Form der Inhaftierung dürfen sich die Gefangenen nach dem Entwurf z. B. selbst beschäftigen. Sie dürfen auch täglich nicht mehr als acht Stunden beschäftigt werden und haben u. a. das Recht, sich Bücher, Zeitschriften und Drucksachen zu beschaffen. Unklar und bedenklich ist jedoch die Bestimmung des genannten § 17, daß auch für weibliche Einschließungsgefangene die Strafe in Gefängnissen für Frauen verbüßt werden kann, ohne daß für sie besondere Abteilungen gebildet werden. Das würde darauf hinauslaufen, daß auch diese Gefangenen — wir denken dabei vor allem an solche, die eine Straftat aus politischer Ueberzeugung begangen haben — gleich allen anderen Gefangenen der Frauengefängnisse untergebracht werden, und daß auch für die nur zur Einschließung Verurteilten wesentlich die gleichen Formen der Behandlung in Frage kommen würden, wie für die zu Gefängnis Verurteilten. Das verstößt aber gegen den Sinn der Sonderbestimmungen für Ueberzeugungstrafgefangene.

Für schwangere Frauen gilt in Bezug auf Gefängnisstrafen, daß sie bedingungslos nur vor dem sechsten Monat der Schwangerschaft zur Strafverbüßung aufgenommen werden sollen. Nach diesem Zeitpunkt muß entweder die Vollstreckungsbehörde, die den Zustand der Frau kennt, die Unterbringung ausdrücklich anordnen oder die Frau selbst diese Unterbringung wünschen. Das gilt auch für Schwangere, deren Niederkunft während der Strafzeit zu erwarten ist, ferner für Wöchnerinnen bis zum Ablauf von drei Monaten nach der Geburt und für stillende Frauen, endlich auch für Frauen, bei denen die Schwangerschaft bei Fortsetzung der Gefängnisstrafe Unzutraglichkeiten befürchten läßt. Erfreulich ist dabei, daß die Aufhebung der Freiheitsstrafe für stillende Frauen nicht zeitlich begrenzt ist.

Leider ist auch in dem neuen Strafgesetzentwurf die Todesstrafe beibehalten worden, und diese Todesstrafe kann auch über Frauen verhängt werden. Dazu sagt der § 14 des Strafvollzugsgesetzentwurfs, daß die Todesstrafe an schwangeren Frauen nicht vollzogen werden darf. Ueber die stillende Frau ist hier nichts gesagt. Das würde also, wenn der Verfasser des Entwurfs sich nicht ganz unklar ausgedrückt hat, bedeuten, daß der Staat eine Frau töten lassen darf, nachdem sie einem Kinde das Leben gegeben hat. Ist das nicht eine Ungeheuerlichkeit für jedes Frauengefühl? Man stelle sich die Empfindungen vor, mit denen eine zum Tode verurteilte Frau der Stunde ihrer Niederkunft entgegensehen würde! Man denke doch auch daran, daß dem neugeborenen Kinde, wenn die Todesstrafe an der Mutter gleich nach der Entbindung vollstreckt wird, die natürliche Mutternahrung genommen wird! Wenn die Todesstrafe schon an sich immer ein Verabschueungswürdiger Ueberrest von Barbarei ist, dann ist sie es doppelt, wenn sie an einer Frau vollstreckt wird, die gerade Mutter geworden ist. Man sollte deshalb, wenn die Todesstrafe noch nicht allgemein beseitigt wird, zum mindesten eine Ergänzungsbestimmung einfügen, nach der die Todesstrafe bei Frauen, die Mütter werden, in eine andere Straftat umzuwandeln ist. Damit würde dann gesagt sein, daß die für schwangere und stillende Frauen vorgesehene Straferleichterungen, die ja vor allem im Interesse des Kindes liegen, auch auf die zum Tode verurteilten Frauen angewandten sind.

Begrüßenswert ist, daß eine Reihe von Bestimmungen eine erweiterte Mitwirkung von Frauen im Strafvollzug vorsieht. In Betracht kommen Frauen als Aufsichtsbearbeiter in Anstalten, in denen eine größere Anzahl von Frauen Freiheitsstrafen verbüßt, sojann als Aerzte, Lehrer und Fürsorger in Anstalten, in denen ausschließlich Frauen untergebracht sind, endlich ehrenamtlich als Anstaltshelfer, bei Durchführungen bei der Aufnahme. Es wäre aber aus erzieherischen Gründen sehr zu erwägen, ob man eine Mitwirkung von Frauen nicht auch bei jugendlichen Gefangenen vorsehen oder doch zulassen sollte,

mindestens bei solchen unter 18 Jahren, für die ja auch der Entwurf eine eventuelle Einrichtung von Sonderanstalten oder Sonderabteilungen ankündigt. Zahlreiche Beobachtungen haben ergeben, daß jugendlichen dem Einfluß von geeigneten Frauen leichter zugänglich sind als dem von Männern, denen gegenüber sie sich gern trotzig verhalten. Natürlich bedarf das Wort „geeignet“ hier ganz besonderer Betonung. Man vergesse aber nicht, daß es immer wieder gilt, die Gefangenen und vor allem die jugendlichen dem natürlichen Leben in der Freiheit, in die sie zurückkehren sollen, nicht allzusehr zu entfremden. Zu einer natürlichen Familie gehört die Mutter ebensosehr wie der Vater; ja, sie hat nicht selten eine größere Bedeutung für die Seele des jugendlichen als der Vater. Deshalb sollte man auch im Gefängnis dem jugendlichen einen möglichst starken mütterlichen Einfluß vermitteln.

Schließlich wäre noch zu erwähnen, daß der Entwurf auch einige Bestimmungen für kranke Frauen enthält, und daß nach einer anderen Bestimmung ein während der Haft geborenes Kind so lange bei der Mutter zu belassen ist, wie es der Anstaltsarzt für notwendig hält. Henni Lehmann.

Soll die Hausfrau bei ihrer Arbeit stehen oder sitzen?

Es wird viel über Gesundheitslehre geschrieben. Ueber die Gesundheit und kräftesparende Körperhaltung bei der Arbeit besteht bereits eine ansehnliche Literatur. Das ist gut so. Aber wenig hört und liest man über die Rationalisierung und Arbeitsverbesserung in der Küche, dem ureigensten Gebiete der Frau. Und doch rühren die Frauenkrankheiten zum größten Teil von der gesundheitschädlichen und unrationellen Arbeitsweise in der Küche her. Einem Artikel „Kraftsparende Körperhaltung bei der Hausarbeit“, den die Verfasserin des Buches „Der neue Haushalt“ Dr. Erna Meyer in der Zeitschrift „Das Wort“ veröffentlicht, entnehmen wir folgende zeitgemäße Ausführungen:

„Es braucht kaum gesagt zu werden, daß das körperlich Anstrengendste im Haushalt das Stehen ist. Nicht etwa nur für die Füße und Beine, die dadurch besonders beansprucht werden, sondern für den ganzen Körper, weil auch die Arme und vor allem die Rückenmuskeln eine außerordentlich starke Spannung dabei erfahren. Denn man steht ja nicht, um zu stehen, sondern man arbeitet dabei irgend etwas mit den Händen (z. B. Geschirrwaschen), und zwar gewöhnlich leicht nach vorn gebeugt oder gar gebückt, woraus sich außer der Belastung der gesamten Beinstammulatur die allen Hausfrauen leider so wohlbekannte Anspannung vor allen der unteren Rücken-, aber auch der Schulter- und Nackenmuskeln ergibt. Daher ist keine Körperhaltung so ermüdend und geradezu gefährlich, wie das Stehen und das damit verbundene mehr oder weniger starke Vorbeugen. Das an sich schlimmere tiefe Bücken kommt ja nur selten lang anhaltend in Frage. Diese bei aller Hausarbeit häufigste und zugleich gesundheitschädlichste Körperhaltung ist die Hauptursache der meisten Beinertkrankungen, wie Krampfadern, geschwollene Füße, Platt-, Senk- und Knickfuß, die in den letzten Jahren so große Ausdehnung gewonnen haben. Auch ein großer Teil des abendlichen Abspannungsgesühls, überhaupt der übermäßigen Müdigkeit bei der Hausfrau, muß auf das viel zu tiefe Stehen und Hantieren in halbgebückter Haltung zurückgeführt werden. Der einfache Schluß aus alledem ist: Vermeide im Haus das Arbeiten im Stehen und in jeder Haltung, die andere als die für die betreffende Verrichtung unmittelbar in Frage kommenden Muskelgruppen beansprucht. Wenn man nach diesem Grundsatz bisher recht wenig gehandelt hat, dann trägt die Hauptschuld wohl daran die alte, aus ganz anderen Zeiten übernommene Tradition: „Aber man kann doch im Sitzen nicht arbeiten!“ Mit dieser völlig falschen und sinnlosen Uebertreibung muß endlich gebrochen und danach getrachtet werden, bei fast allen häuslichen Arbeitsverrichtungen das anstrengende Stehen mit dem Sitzen in bequemer Stellung zu vertauschen.“

Zur Geschichte der Zeitungen.

Von Fritz Hansen, Berlin-Lankwitz.

Der moderne Gegenwartsmensch, für den die tägliche Zeitung immer mehr zum Lebensbedürfnis wird, kann sich nur schwer eine Vorstellung davon machen, auf welche Art unsere germanischen Vorfahren sich gegenseitig Mitteilungen zugehen ließen. Denn auch diese Vorfahren hatten schon ihre Zeitung, die durch Boten von einem Gehöft zum anderen getragen wurde und die Lösung den Parteien für den Allhing übermittelte.

Freilich war diese Zeitung nicht gedruckt oder geschrieben, sondern auf Stäben von Buchenholz eingegrift. Die Schriftzeichen, Runen genannt, waren gleich unseren Chiffreschriften, nur für die Eingeweihten bestimmt. Durch diese Buchenstäbe gelangte jede wichtige Nachricht durch Wälder und Sümpfe bis an die entferntesten Enden des Reiches. Im „heiligen Hain“ wurden diese Stäbe von den Priestern um den Altar der Göttin gestreut und von den Jungfrauen aufgesehen. Von diesem „Auflesen“ leiten viele Forscher unser Buchstabenlesen ab.

Im alten Babylon schrieb man auf Mauerziegeln und Tontafeln, so lange diese noch weich und naß waren, dann brannte man sie, um damit die Wände der Säle zu bemauern. Natürlich wurden bei dieser langsamen Methode der Nachrichtenverbreitung nur die wichtigsten Dinge niedergeschrieben.

Im Britisch-Museum in London befindet sich eine ganze Anzahl solcher Tonziegel, auf denen George Smith im Jahre 1876 die älteste Schöpfungsgeschichte und das semitische Märchen von der Sintflut entzifferte. In China und Japan schrieb man mit dem Pinsel auf Pflanzfasern. Da aber dieses Schreibmaterial schwer zu beschaffen war und außerdem das mongolische Begriffsalphabet etwa 80 000 Schriftzeichen hat, nuckten die bezopften Söhne des Reiches der Mitte die Ausübung ihrer Schreibkunst sehr beschränkt.

Erst bei den Griechen und Römern, den bedeutendsten Völkern des Altertums, wurden die primitiven Schriftmittel bedeutend erweitert und die vereinfachten Schriftzeichen vielseitiger gebraucht. Bei den Griechen wurde die Bilderschrift auf Stein abgeschafft und an ihre Stelle traten Schriftzeichen auf Holz, Häute und Bast. Trotzdem die griechische Philosophie und Dichtung von ungeheurem Einfluß auf Mit- und Nahwelt gewesen, große Redner bildete, hat sie doch keine Journalisten erzogen, denn alle Staatsgeschäfte wurden mündlich erledigt. Erst das welterobernde und beherrschende gewaltige Staatswesen der römischen Republik benutzte eiserne Griffel, mit denen auf buchähnlich zusammengeheften, mit Wachs überzogenen Holztafeln geschrieben wurde.

Die Schriftzeichen konnte man, falls sie nicht mehr nötig waren, wieder verwischen, so daß die Tafeln aufs neue verwendet werden konnten, ähnlich wie in unseren Tagen die Schlefertafeln. Dem Wort und der Schrift gegenüber herrschte während des großen Kampfes der Demokraten und Aristokraten, bis zum endlichen Sieg der ersteren, vollständige Freiheit. Die Hauptstadt sowie die Provinzen erhielten durch Zeitungen Kenntnis von allen wichtigen Vorgängen im öffentlichen Leben. Es waren dies die acta politica diurna. Diese Mutter aller nachmaligen Tageszeitungen brachte die Neuigkeiten ziemlich reich, nur fehlten die Berichte über Verhandlungen des Senats vollständig; erst Julius Cäsar ordnete ihre Veröffentlichung an.

Doch auch schon damals gab es private Zeitungsunternehmen, die der offiziellen Publizistik erfolgreiche Konkurrenz machten, da sie die Stadtmeisterten viel ausführlicher brachten. Proben des römischen Zeitungswesens finden wir im Briefwechsel und im „Trimalchio“ des Petronius. In jener Zeit bildeten, genau so wie heute, die Skandalgeschichten den Hauptinhalt der Zeitung, da das Publikum glerig nach ihnen verlangte. Die Zeitungsschreiber gaben sich auch alle Mühe, dem Verlangen der Leser nachzukommen, und bittierten ihren Sklaven die interessantesten Dinge.

Leider gab es auch schon im alten Rom während der Herrschaft der Cäsaren die gefährdeten Zensoren, deren Agenten unbarmerzig konfiszierten. Freilich rückte das Konfiszieren damals so wenig wie heute. Ob man auch die Zeitungsschreiber mit barbarischen Strafen belegte, die Welt erfuhr doch die Greuelthaten

der wahnsinnigen Cäsaren. Die blutdürstigen Taten des verrückten Kaisers Liborius, der die Majestätsbeleidigung erlief, die Verbrechen seiner würdigen Mutter, der Gistmischerin Livia, sowie der feige Mord, den Nero an seiner Mutter verübte — das alles konnte trotz Verbannung und Hinrichtung der Zeitungsschreiber der Welt nicht verborgen bleiben. Als Nero seine grausamen Christenverfolgungen in Szene setzte, schrieben römische Publizisten die Leiden

gefährlichen Blätter zu verbrennen, es konnte ihrer jedoch nicht Herr werden. Kaiser Karl V., in dessen Reich „die Sonne nicht unterging“, war machtlos gegen die Schriften. Mochten seine Beamten auch auf Straßen und Märkten ein noch so wachames Auge haben, es nützte nichts. Trotz der schweren angedrohten Strafen wurden doch Tausende von Exemplaren verbreitet.

Die neu auftretende Holzschneldkunst wurde gleichfalls eifrig benutzt im Kampf gegen die Unterdrückung. Man ist erstaunt, in jenen uns erhalten gebliebenen Werken aus der Reformationszeit eine Sprache zu finden, die an Schärfe alles in späterer Zeit Gedruckte in den Schatten stellt.

Doch nicht nur die Deutschen taten sich in der Wucht ihrer Angriffe hervor, auch die französischen Viedler in den Zeiten der Hugenotten, sowie die Pamphlete in der englischen Revolution gegen die Stuarts ließen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Die erste täglich erscheinende Zeitung wurde im Jahre 1535 in Venua gedruckt und hieß „Gazetta“, von la gazza (die Gatter) hergeleitet, die als Symbol der Geschwätzigkeit galt. Erst fünfzig Jahre später, im Jahre 1585, wagte es Thomafius, mit der ersten deutschen Zeitschrift, „Die Monatsgespräche“, den Kampf gegen das religiöse Dogma und das Phylisterium aufzunehmen. Selbstverständlich ließ sich das Oberkonsistorium die Gelegenheit nicht entgehen, dem Begründer der „Monatsgespräche“ das Leben schwer zu machen.

Die große geistige Unfruchtbarkeit, die in den nächsten zwei Jahrhunderten auf Deutschland lastete und die hervorgerufen war durch den dreißigjährigen Krieg, hinderte die Entwicklung der Tagespresse. Während in England und Frankreich die Großen der Wissenschaft energisch am Ausbau der Presse arbeiteten, war es den eifrigsten Bemühungen deutscher Gelehrter nicht möglich, ein Blatt zu gründen, das die Resultate der Wissenschaft dem öffentlichen Leben übermittelte. Es erschienen wohl einige Tageszeitungen, wie z. B. das „Wiener Tageblatt“, diese aber waren ohne jede Bedeutung. Erst die große französische Revolution brachte neues Leben auch für die deutsche Presse. Zum eigentlichen Bewußtsein ihrer Macht kam sie aber erst durch die achtundvierziger Revolution. Die Zeitung, die noch vor hundert Jahren nur für den hohen Adel und die vornehmen Leute bestimmt war, ist heute ein zwingendes Bedürfnis für den einfachsten Arbeiter.

Gerade für die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung ist die Presse von außerordentlichem Nutzen gewesen. Das Wort des Redners, die glänzende Agitationsrede, läßt nicht solch nachhaltigen Eindruck aus wie ein trefflicher Artikel. Wohl haben wir große Arbeiterorganisationen, die Tausende von Mitgliedern zählen, aber ihnen gegenüber steht eine große Masse Indifferenter, die noch nicht zum Bewußtsein ihrer Klassenlage gekommen ist. Diese zu gewinnen, sie mit den Zielen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen, das muß immerwährend die Hauptaufgabe der organisierten Arbeiter sein.

Freilich, so lange noch viele, die sich mit Stolz zu den aufgeklärten Arbeitern rechnen, es nicht einmal für nötig halten, ihre Gewerkschaftspresse zu lesen, weil „ja doch nichts drinsteht“, so lange darf man auch nicht darauf rechnen, mächtige, einflußreiche Organisationen zu besitzen. Möge es sich nur ein jeder angelegen sein lassen, was in seinen Kräften steht, für den Ausbau selbst der kleinsten Arbeiterzeitung zu wirken, indem er einbekennt sei der Tatsache, welche gewaltige Macht die Presse als geistiges Bindeglied immer sein wird.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehel

Ein hohes Alter hat unser Kollege Karl Bergmann in Barmen erreicht. Er wurde geboren am 26. November 1847 in Hannover, er ist somit am 26. November 1927 80 Jahre alt. Dieses „biologische“ Alter war kostbar, denn es war voller Mühe und Arbeit. Mühe und Arbeit nicht nur in seinem Beruf, sondern auch im Dienste der Arbeiterbewegung.

Seit dem Jahre 1887, als unter dem Sozialistengesetz sich die Gewerkschaften wieder neu gebildet hatten und auch in Elberfeld ein Fachverein der Buchbinder entstand, der sich dem Verband anschloß, ist Bergmann gewerkschaftlich organisiert. Im Fe-

Dem Außenseiter!

**Das ist die Zeit der Fahnenflucht!
So mancher Biedermann,
Geplagt von Geiz und Eigensucht,
Schreit: „Rette sich, wer kann!
Wer vorn in Schützenlinie kämpft,
Den trifft gar leicht das Blei,
Doch wer den Mut mit Vorsicht dämpft,
Bleibt frisch und wundenfrei“**

**Gemeinwohl und Berufsgefühl.
Des Standes harte Not —
Bei solchen Worten wird ihm schwül,
Die wiegen ihm kein Tot.
An sich nur denkt er ganz allein,
An seine eig'ne Haut,
Weil ihm vor dem Berufsverein
Und dem Bezahler graut.**

**Zwar schaut er mit vergnügtem Sinn
Auf fremde Arbeitskraft;
Sie bringt ihm Vorteil und Gewinn
Und dünkt ihm musterhaft.
Schmarochen, wo der Fleißige sät,
Das scheint ihm klug und fein,
Und wo ein anderer Aehren mäht,
Heimst er die Garben ein**

**Ob noch so laut der Notruf schallt
Durchs arme Vaterland:
Er „hat sich stets in der Gewalt“
Und rührt nicht Fuß noch Hand;
Beiseite steht er voller List
Und lauert auf ein Ras.
Erstlichen ist es, was er frist
Und jeder Trunk im Glas.**

**Zieh hin, du schäbiger Patron,
Wo deinesgleichen sind!
Die Nemesis ereilt dich schon,
Sie reitet pfeilgeschwind!
Auch dir wird's einmal siedendheiß
Beim Schleichen durch die Welt,
Doch einen Fußtritt auf den Steiß
Nimm mit als Reifegel.**

(Wilhelm Soppstädter.)

der Märtyrer nieder und kolportierten diese Berichte eifrig. Sie haben damit nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß das Christentum zum Siege kam, unter dessen Herrschaft allerdings die Konfiskationswut bei den Mächtigen nur größer wurde. Doch wenn man auch Schriften konfiszierte, die tragischen Spottlieder, die zur Zeit des Mittelalters von Mund zu Mund gingen und sich dem Gedächtnis einprägten, die waren nicht zu verbieten.

Die Kunst Gutenbergs kam gerade recht, um den Deutschen beim Durchkämpfen der gewaltigen neuen Ideen behilflich zu sein. In den Zeitungen, Flugschriften und Büchern jener Zeit wird ein schonungsloser Kampf gegen die Kirche geführt. Wohl tat das Kammergericht in Weßlar sein möglichstes, um die

*) Das vorstehende Gedicht entstammt wie der Gastwirtsgehilfen-Zeitung. Soppstädter hat es als Geschäftsführer einer Unternehmerorganisation natürlich in einer Unternehmungzeitung veröffentlicht. Es ist aber auch für unsere Unternehmerten wertvoll. Das Gedicht zeigt zugleich, daß die Unternehmerzeitungsdirektoren in der Wahl ihrer Worte nicht allzu zimperlich sind. Das Gedicht befaßt mit anderen Worten genau dasselbe, was wie mit unierer ständigen Anforderung: „bubel Feine Unternehmerten in ebenen eud im Betriebe“ zum Ausdruck bringen wollen.

bruar 1925 wurde er invalid und mußte seinen Beruf als Buchbinder einstellen. Seit dieser Zeit steht er auch im Gemüß der Verbands-Invalidenunterstützung.

Kollege Bergmann war ein eifriges Mitglied der Partei und Gewerkschaft Hervorragend wirkte er auf dem Gebiete der Bildungsbestrebungen. Seine Spezialität war die Naturwissenschaft. Namentlich auf dem Gebiete der Sternkunde besaß er große Kenntnisse und wußte diese durch populär gehaltene Vorträge seinen Kollegen und Genossen in manchen Versammlungen mitzuteilen. Unterstützt wurden diese Vorträge durch Lichtbilder, die er zum Teil selbst zeichnete. Zur Verlichtung seines Projektionsapparates benutzte er längere Zeit einen von ihm selbst konstruierten Apparat.

Auch bei festlichen Veranstaltungen der Arbeiterschaft wirkte er fleißig zur Verschönerung und Erhebung mit, indem er Entwürfe zu lebenden Bildern und Dekorationsstücke fertigte und auch bei der Ausführung Regiearbeiten leistete.

Lang, lang ist es her, wird unfer alter Kämpfe bei sich selbst denken. Best mußte er sich zur Ruhe setzen. Aber er ist geistig noch frisch und rüstig und verfolgt noch immer mit großem Interesse die Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung, sowie auch die Fortschritte auf dem Gebiete der Wissenschaft.

Indem wir unsern alten Kollegen und Mitglieder zu seinem 80. Geburtstag unsere herzlichsten Glückwünsche übermitteln, hoffen wir, daß ihm noch ein recht langer und angenehmer Lebensabend beschieden sein möge! **Zahlstelle Barmen-Elberfeld.**

Berichte.

Chemnitz. In unserer am 8. November abgehaltenen Monatsversammlung hielt Kollege Vögler einen Vortrag über: „Fragen der Gegenwart.“ Anfangs seiner Ausführungen streifte Kollege Vögler die Tarifabschlüsse in der Buchbinder- und der Kartonnagenindustrie. Er führte aus, daß zwischen Buchbinder und Kartonnagenarbeiter ein Lohnunterschied von 13 Pf. in der Spitze bestehe, ein Unterschied, den sich die Kartonnagenarbeiter durch ihre Laufzeit in bezug auf Organisationszugehörigkeit selbst geschaffen haben. Auch die Ferienfrage ließ er nicht unerwähnt und das Verhalten jener Untagsfirmen, in denen die Arbeiterschaft nicht einmal den Tariflohn erhalten kann, ja in vielen Fällen noch 8 bis 14 Tage Lohn einlagen muß, was bei einigen solchen Firmen meistens nutzlos ist. Dann ging Vögler auf die dringende notwendige Agitation ein und forderte die Anwesenden zur regen Mitarbeit auf.

An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Schüy und Triemer, die beide die Notwendigkeit eines zwischenzeitlichen Abkommens behandelten. Andere Redner betrahteten die Lage in der Kartonnagenbranche näher und forderten restlose Beteiligung an der Organisationsarbeit. Vögler ging im Schlußwort auf die gemachten Ausführungen nochmals ein und forderte in Anbetracht der Kämpfe anderer Industrien auf, rege den Kampffonds zu stärken. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die letzten Zulagen sind durch die Teuerung reichlich aufgewogen und entsprechen unsere Löhne nicht mehr den neueren Verhältnissen. Wenn die Teuerung so weiter steigt und die Unternehmer sich zu einer weiteren Zulage nicht bereisfinden können, dann kann über kurz oder lang der gewerbliche Frieden kaum aufrechterhalten werden.“

Kollege Triemer gab den Geschäfts- und Kollege Vögler den Kassenbericht. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihr Ende.

Hamburg-Altona. In der Generalversammlung vom 17. November erstattete Kollege Küster den Geschäftsbericht über das 3. Quartal. Der Beschäftigungsgrad in unserem Gewerbe ist ein besserer geworden. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, der Mitgliederstand hat sich in gleicher Höhe gehalten wie im vorhergegangenen Quartal. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl ist jedoch dringend notwendig, da es immerhin noch viele Kollegen und Kolleginnen gibt, die sich vom Vertragszahlen drücken. Redner schilderte die verdienstlichsten Sitzungen und Verhandlungen, die im Laufe des Quartals stattgefunden haben. Er kommt ganz besonders auf die vor den Arbeitsgerichten stattgefundenen Verhandlungen zu sprechen. Die Klage, bei 7stündiger Arbeitszeit auch die 8. Stunde zu bezahlen, zumal wenn Arbeitsaufschlag im Betriebe vorhanden sei, haben wir vor dem Ar-

beitsgericht genommen, aber auch die Verurteilung der Firma an das Landesarbeitsgericht brachte uns einen Erfolg, da das Landesarbeitsgericht sich auf denselben Standpunkt wie das Arbeitsgericht stellte, nach dem die 8. Stunde zu bezahlen und der Arbeitgeber verpflichtet ist, bei Arbeitshäufung 48 Stunden arbeiten zu lassen. Redner forderte zur intensiven Agitation unter den Unorganisierten für unseren Verband auf und teilte mit, daß die Vertrauenspersonenversammlung eine Agitationskommission gewählt habe, die aus den Kollegentreffen der weitestgehenden Unterstützung bedürfe.

Hierauf erstattete Kollege Thierbach den Kassenbericht: Einer Einnahme für die Lokalkasse in Höhe von 5 557,39 Mk. steht eine Ausgabe von 4 672,23 Mk. gegenüber, so daß sich der Kassenbestand der Lokalkasse auf 15 608,22 Mk. erhöht. Die Verbandskasse bilanziert mit 23 775,65 Mk. An die Gautasse konnten im Laufe des Quartals 15 337,72 Mk. abgeführt werden. Neu eingetreten sind 242 Berufsangehörige.

Arbeitslos waren durchschnittlich 50 männliche und 99 weibliche, krank 8 männliche und 52 weibliche Mitglieder. Davon wurden unterstützt Arbeitslose 54 männliche und 76 weibliche, Kranke 33 männliche und 118 weibliche Mitglieder. Der Beitrag für den Kampffonds hat allgemein gute Aufnahme gefunden. Redner forderte die Anwesenden auf, dafür besorgt zu sein, daß auch dieser Beitrag in Zukunft pünktlicher gezahlt wird, damit wir für etwa kommende Kämpfe gerüstet dastehen.

Der hierauf vorgelesene Vortrag des Kollegen Hein über „Wirtschaftliche und politische Auswirkung der Gewerkschaftsbewegung“ wurde bis zur Versammlung im Januar vertagt und weiter beschlossen, die Versammlung im Dezember ausfallen zu lassen. Die Fragearten über Löhne und Ferien müssen sofort an das Verbandsbureau zurückgeleitet werden. Die vollgeliebten Mitgliedsbücher müssen bis zum 15. Dezember auf unserm Bureau abgegeben sein.

Ludwigshafen a. Rh. Die hiesige Zahlstelle hatte ihre Mitglieder nebst Angehörigen am 12. November zu einer Abendunterhaltung eingeladen. Gleichzeitig wurde die Gelegenheit benutzt, einen Kollegen für seine 25 jährige Verbandszugehörigkeit zu ehren. Zahlreich wurde der Einladung Folge geleistet, so daß sich der Saal bald als zu klein erwies, ein Beweis dafür, daß es ein Bedürfnis ist, solche Abende des öfteren zu veranstalten, um das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl zu fördern. Der Vorstand hatte auch seine Mühe gekostet, um diesen Abend so angenehm wie möglich zu machen. Humoristische Vorträge einer kleinen Künstlergruppe und musikalische Darbietungen der Kapelle Gaggas (Kapellmeister Kollege Büß) sowie verschiedene Solovorträge von Kollegen suchten wechselten miteinander ab. Der Vortragende Kollege Scheuring eröffnete mit einer kernigen Begrüßungsansprache die Unterhaltung und sprach seinen Dank dafür aus, daß die Kolleginnen und Kollegen der Einladung so zahlreich Folge geleistet haben. Nachdem dann bereits alles schon in guter Unterhaltung war, ging man zu dem wahren Zweck der Veranstaltung über: Ehrung des Kollegen Ludwig Krieger. Kollege Scheuring gedachte der Verdienste, die sich Kollege Krieger um die Organisation erworben hat. Schon in seinem früheren Wirkungstreis in Aachen hatte Kollege Krieger den verantwortungsvollen Posten eines Kassierers und Vorstehenden inne. Hier in Ludwigshafen gelandet, stellte er gleich seine ganze Kraft in den Dienst der Sache. Während der schweren Zeit im Anfang der Besetzung war es ihm zu verdanken, daß die Verbindung zwischen Mannheim und hier tadellos funktionierte. Es ist auch seiner tatkräftigen Mitarbeit zu verdanken, daß sich die hiesige Zahlstelle auf eigene Füße stellen konnte und in der Entwicklung rüstig vorwärts schreitet. Kollege Scheuring hob besonders hervor, daß die 25jährige Verbandszugehörigkeit des Kollegen Krieger um so höher eingeschätzt werden muß, als in der heutigen Zeit noch Tausende von Kollegen und Kolleginnen nicht den Weg zur Organisation gefunden haben. Auch den jüngeren Kollegen sollte er ein Vorbild sein, sich mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst der Organisation zu stellen.

Kollege Scheuring begrüßte dann herzlich die Kollegen aus Mannheim. Er hob hervor, daß dies ein Beweis des guten Einvernehmens beider Zahlstellen ist. Im Auftrage des Verbandsvorstandes überbrachte Kollege Scheuring die herzlichsten Glückwünsche mit gleichzeitiger Ueberreichung der Ehrenurkunde für 25jährige treue Verbandszugehörigkeit. Als Beweis des Dankes überreichte die hiesige Zahlstelle dem Kollegen Krieger ein sinniges Geschenk nebst einem schönen Blumenangebot. Als letzten Beweis des Dankes für treue Verbandsarbeit ließ der hiesige Preshangelsklub im Verband der Buchbinder durch seinen Vorstehenden dem Kollegen Krieger die Ehrenmitgliedskarte überreichen. Auch Kollege Amann

aus Mannheim gedachte in herzlichsten Worten der Verdienste des Jubilars und überbrachte die Glückwünsche seiner Zahlstelle. Kollege Krieger dankte dann sichtlich gerührt für die erwiesene Ehrung und gelobte, auch fernerhin seine ganze Kraft in den Dienst des Verbandes zu stellen.

Unter reger Unterhaltung blieb man dann noch bis zur Feierabendstunde beisammen, die leider viel zu früh angelegt war. Jeder Kollege und jede Kollegin wird wohl mit dem Gefühl nach Hause gegangen sein, einige recht frohe Stunden verlebt zu haben.

Ortskrankenkasse der Buchbinder in Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die in der Ausschussung vom 6. September 1927 beschlossene Satzungsänderung der §§ 2, 5 und 18 sowie die Wahlordnung vom Oberversicherungsamt genehmigt und mit dem 1. Oktober 1927 in Kraft getreten ist. Druckexemplare können im Kassentotal in Empfang genommen werden.

Der Vorstand:
Ferd. Kiebert, Schriftführer. A. Gottesmann, Vors.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Karten zur Arbeitslosenstatistik sind in den letzten Tagen an alle Gauleiter und Kassierer der Zahlstellen versandt worden, ebenso die Berichtskarten über den Geschäftsgang in den Betrieben.

Ferner sind den Gauleitern und Zahlstellen wiederum Berichtskarten betr. Ueberstundenstatistik beigelegt worden. Wir bitten, um eine recht gewissenhafte Berichterstattung besorgt zu sein und alle Berichtskarten bis spätestens zum 3. Dezember an uns einzusenden.

Abrechnungen

vom dritten Quartal gingen weiter bis zum 22. November bei der Verbandskasse ein von: Köslin 130,— Mk., = Kottbus 763,20 Mk., = Bittenberg 800,— Mk., = Osabrück 180,— Mk., = Janau 2400,— Mk., = Jena 350,— Mk., = Tennstedt 64,— Mk., = Großenhain —,— Mk., = Sebnitz 160,— Mk., = Wurzen 1600,— Mk., = Trofingen 210,— Mk.

Noch nicht eingegangen sind die Abrechnungen von den Zahlstellen in: Stolp, Göttingen, Neuwied, Mühlhausen, Zittau, Zwickau, Gau Württemberg und Baden.

Adressenänderung.

B = Bevollmächtigter; K = Kassierer.
Münster 1. W.: P u K: L. Gebler, Hoggendam 2. Reiseunterstützung wird in Münster bis auf weiteres nicht ausgezahlt.

Der Verbandsvorstand.

Inhaltsverzeichnis.

- Die Schuld der Unorganisierten.
- Freiwillige Ueberarbeit.
- Die Arbeiterschaft und das Reparationsproblem.
- „Unangemessene Uebersteuerung der Infandpresse.“
- Nachmal: Aus der Kartonnagen-Industrie des Wirtschaftskreises Frankfurt-Offenbach-Hanau-Darmstadt.
- Die Unternehmer rüsten zum Kampf!
- Andere statistischen Karten.
- Meidet den Alkohol!
- Mensch, Maschine und Technik.
- Leisearbeiter, wach auf!
- Der Kraftwagen als Bibliothek.
- Für unsere Kolleginnen: Die Frau des Gewerkschafters. — Frauenwahlen. (Gebicht.) — Die Frau ist die Hauptsäule im Lohnkampf. — Frauen und Straflosigkeit. — Soll die Hausfrau bei ihrer Arbeit stehen oder sitzen?
- Zur Geschichte der Zeitungen. (Gebicht.)
- Den Aufsehlern. (Gebicht.)
- Dem Allen zur Ehr, den Jungen zur Lehr
- Berichte: Chemnitz. — Hamburg-Altona. — Ludwigshafen.
- Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.
- Bekanntmachung des Verbandsvorstandes: Arbeitslosenstatistik. — Abrechnungen. — Adressenänderungen.